

Positionspapier zum Thema „Neuordnung der Kurortverordnung 2005 sowie deren Auswirkungen auf prädikatisierte, touristische Destinationen“ für die Unterweserkonferenz am 31. Mai 2006

„Neuordnung der Kurortverordnung 2005 sowie deren Auswirkungen auf prädikatisierte, touristische Destinationen“

Mit Besorgnis nimmt die Unterweserkonferenz des Regionalforums Bremerhaven die Neuregelungen der Kurortverordnung vom 21. April 2005 sowie deren Umsetzungsbestrebungen durch das Wirtschaftsministerium Niedersachsens zur Kenntnis.

Durch die Neufassung der Kurortverordnung und Änderung der dazugehörigen Begriffsbestimmungen wird von der bisherigen Handhabung der Prädikatisierung abgegangen und von allen prädikatisierten Kur- und Tourismusorten eine erneute Antragstellung nach den verschärften Vorschriften abverlangt.

In der Vergangenheit bestand die Zielsetzung, den Gemeinden durch die Verleihung einer geeigneten Prädikatisierungsstufe indirekte wirtschaftliche Hilfestellungen zu geben, sowohl durch die Schaffung neuer Einnahmemöglichkeiten (Kurbeitrag und Fremdenverkehrsbeitrag) als auch als Imagegewinn für Marketingzwecke.

Die neue Kurortverordnung führt dazu, dass nur Kurorte mit einer kurmedizinischen Ausrichtung nach Antragstellung eine Chance haben, erneut die bisherige Klassifizierung zu erhalten, während die überwiegend freizeit-touristisch geprägten und prädikatisierten Kurorte nach Antragstellung, welche die große Mehrheit an der niedersächsischen Nordseeküste bilden, ihre bisherige Prädikatisierung verlieren.

Sollte mit dieser neuen Verordnung tatsächlich eine Aberkennung - wie scheinbar geplant - von ca. 50 % der bisher hochprädikatisierten Destinationen einhergehen, steht der wirtschaftliche/Image-Schaden für die unterentwickelte Wirtschaftsregion „Nordseeküste“ in keinem Verhältnis zum Nutzen der Qualitätssteigerung einiger weniger verbliebener Kurorte. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass kein anderes Bundesland eine Novellierung beabsichtigt und somit der „Status quo“ ihrer Kurorte erhalten bleibt.

Die Tourismusorte, die aufgrund der Gesundheitsstrukturreformen von der kurmedizinischen Zielsetzung abgerückt sind, haben die größten Steigerungsraten in den Übernachtungszahlen zu verzeichnen und haben somit die größten Zukunftsperspektiven. Dies lässt sich auch deutlich aus der vergleichenden Kurortanalyse des ETI (Europäisches Tourismus Institut, Trier) ableiten. Leider spiegelt sich dies nicht in der Kurortpolitik des Ministeriums wider.

Eine Schaffung der für die Erhaltung der bisherigen Prädikatisierungsstufe notwendigen Gesundheitsinfrastruktur, ist in Zeiten angespannter kommunaler Haushaltssituationen in vielen Gemeinden nicht möglich. Dieses auch vor dem Hintergrund, dass unter den 30 pro Kopf am höchsten verschuldeten Städte und Gemeinden Niedersachsens (einschließlich kreisfreier Städte und unter Berücksichtigung kommunaler Eigenbetriebe/-gesellschaften) neun Nordsee(heil)bäder und vier weitere Kurorte zu verzeichnen waren (Stand 31.12.2004 / Niedersächsisches Landesamt für Statistik). Vor allem für die unteren Prädikatisierungsstufen, wie Seebad und niedriger, wäre die Schaffung von Kurkompetenzen unnötig, da eine Abrechnung nur mit entsprechender Kulanz der Krankenkassen möglich ist.

Die Unterweserkonferenz fordert aus den oben genannten Gründen

- Nach Möglichkeit die Besitzstandswahrung der bisher verliehenen Prädikate.
- Stärkere Berücksichtigung bzw. gleichrangige Behandlung der rein touristisch geprägten Destinationen gegenüber Kurorten in allen Belangen, wie z. B. Vergabe von Fördergeldern etc.
- Fortschreibung des ETI-Gutachtens aufgrund der infrastrukturellen Weiterentwicklung der Kurorte in den letzten vier Jahren.
- Schaffung von Einnahmealternativen auf Stadt-/Gemeinde- bzw. Samtgemeindeebene (als Ersatz für Kur- bzw. Fremdenverkehrsbeiträge) im Falle der Aberkennung des Prädikates zur Erhaltung bzw. Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur.
- Zur Erhaltung der Existenzgrundlage von Badeärzten, medizinischen und physiotherapeutischen Praxen eine Besitzstandswahrung auch nach Aberkennung des Prädikates.